

13.04.2011 | 3 Kommentare

**URANANREICHERUNG ALS SICHERHEITSRISIKO**

Ende von Atomfabrik gefordert

Die Urananreicherungsanlage in Gronau liefert Brennstoffe für Atomkraftwerke weltweit. Umweltschützer fordern nun, dass ihr Betrieb gestoppt wird.

VON ANDREAS WYPUTTA



Der Geschäftsführer des Gronauer Betriebs, Joachim Ohnemus, hat bereits eingeräumt, dass sein Betrieb nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert ist.

Foto: dpa

MÜNSTER *taz* | Atomkraftgegner fordern die sofortige Stilllegung der einzigen deutschen **Urananreicherungsanlage (UAA) im münsterländischen Gronau**. "Die Uranfabrik steht am Beginn der weltweiten Atommüllspirale", sagt der atompolitische Sprecher des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, Udo Buchholz. "Hier wird das Uran für den Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet. Wer den Atomausstieg will, muss auch die UAA Gronau dichtmachen."

Die Anlage an der Grenze zu den Niederlanden bedient über 7 Prozent des Weltmarktes für angereichertes Uran, das zu Brennelementen für Atomkraftwerke weiterverarbeitet wird. Betrieben werden die Zentrifugen von dem deutsch-britisch-niederländischen Joint Venture Urenco, an dem auch die deutschen Atomstromkonzerne RWE und Eon beteiligt sind.

Jährlich rollen tausende Tonnen radioaktives Uranhexafluorid ins Münsterland. Das Material reagiert beim Kontakt mit Luftfeuchtigkeit zu hochgiftiger und ätzender Flusssäure. Trotzdem rollen die Transportzüge mitten durch die Bahnhöfe Kölns, des Ruhrgebiets und Münsters. "Die Urananreicherung ist ein Sicherheitsrisiko", sagt

Atomkraftgegner Buchholz.

Der Geschäftsführer des Gronauer Betriebs, Joachim Ohnemus, hat bereits eingeräumt, dass sein Betrieb nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert ist. Der Luftwaffenbombenabwurfplatz Nordhorn-Range liegt nur 20 Kilometer entfernt. Auch im nordrhein-westfälischen Landtag formiert sich deshalb eine Mehrheit gegen die UAA. Die rot-grüne Minderheitsregierung solle eine Bundesratsinitiative für die "endgültige und schnellstmögliche Beendigung der Urananreicherung" starten, heißt es in einem Antrag, den SPD und Grüne am Freitag zur Abstimmung stellen wollen.

"Die Anlage ist Teil der nuklearen Brennstoffkette und muss deshalb auch Teil des nordrhein-westfälischen Atomausstiegs sein", sagt der atompolitische Sprecher der Grünen, Hans-Christian Markert. Die Linke signalisiert Zustimmung: "Wir fordern seit Langem das Aus für die UAA", sagt der Wirtschaftsexperte der Linksfraktion, Rüdiger Sagel.

Den Druck auf CDU-Umweltminister Norbert Röttgen erhöhen soll eine Großdemo am Ostermontag, zu der die Anti-AKW-Bewegung nach Gronau mobilisiert. Die Organisatoren hoffen auf viele tausend Demonstranten. Bisher gab es in der wirtschaftlich schwachen Grenzregion nur wenig Widerstand gegen die UAA: Deren Betreiber Urenco ist der größte Steuerzahler vor Ort, sponsert Kindergärten und Schulen ebenso wie Vereine und die Stadtbibliothek.